

„Allgemeine Wirtschaftspolitik“ und „Sozialpolitik“ als komplementäre Ausrichtungen in der Nationalökonomie

Die „praktische Nationalökonomie“ hat in der Nachkriegszeit die traditionellen Untergliederungen von Bereichs-Politiken in einer Theorie der Allgemeinen Wirtschaftspolitik überwunden, die verbreitet nach grundlegenden Funktionen als Allokations-, Stabilitäts- und Distributionspolitik oder nach dem Ansatzpunkt im Wirtschaftsgeschehen als Wirtschaftsordnungs-, Wirtschaftsgrundlagen-, Wirtschaftsstruktur- und Wirtschaftsprozeßpolitik gegliedert wird. Die früher unsystematisch eingefügte „Sozialpolitik“ kann nun systematisch als Ergänzung der „Allgemeinen Wirtschaftspolitik“ durch die Perspektive auf die Lösung der bei der praktischen Allgemeinen Wirtschaftspolitik offen gebliebenen „sozialen Probleme“ angesehen werden. Mit einer solchen „Sozialpolitik“ als Teildisziplin der praktisch-politisch ausgerichteten Nationalökonomie wäre jedoch noch kein Anspruch auf eine umfassende Theorie der Sozialpolitik verbunden.

Für eine fruchtbare gegenseitige Ergänzung dieser beiden Ausrichtungen innerhalb der Nationalökonomie müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, die in der bisherigen Theorie der Allgemeinen Wirtschaftspolitik und in der bisherigen Lehre von der Sozialpolitik durchaus gefunden werden können, wenn man nur den störenden Schleier der bisher das Verhältnis beeinträchtigenden Vorurteile, Mißverständnisse und Wertschätzungen beiseite schiebt.

Eine besondere Rolle bei der Trübung des Verhältnisses von Theorie der Wirtschaftspolitik (praktischer Nationalökonomie) und Theorie der Sozialpolitik spielt sicher das Werturteilsproblem und seine Bewältigung in den Wirtschaftswissenschaften. Wie oft kritisch von der praktischen Sozialpolitik gesagt wird, sie würden mit „gut gemeinten“ Interventionen in marktwirtschaftliche Prozesse letztlich oft auch für die Betroffenen noch weitere Nachteile bewirken (z. B. die mögliche Diskriminierung von besonders geschützten Arbeitnehmergruppen), so könnte die methodisch und wissenschaftsprogrammatische Eröffnung des Werturteilsstreits durch Max Weber (1904) in bezug auf die „Sozialpolitik“ manchem Vertreter der Allgemeinen Wirtschaftspolitik (früher und heute) das unzutreffende Gefühl vermittelt haben, nicht betroffen zu sein und sich gegenüber jenen „Sozialpolitikern“ doch eher als werturteilsfreier Wissenschaftler verstehen zu können.

Dennoch konnte davon sowohl Anfang dieses Jahrhunderts als auch nach dem zweiten Weltkrieg nicht die Rede sein. Bei der Wiederaufarbeitung der Werturteilsproblematik im Verein für Sozialpolitik 1962, für die Heinz Lampert für die Herausgeber die — später leider aufgegebene — mühsame Arbeit der Protokollierung und Darstellung der Diskussion übernommen hatte¹¹, hatte die Disziplin

¹¹ *Lampert, Heinz*: Bericht über die mündlichen Verhandlungen der Arbeitstagung zur Erörterung der Aufgaben und Methoden Wirtschaftswissenschaft unserer Zeit in Bad Homburg vom 2. bis 5. April 1962, in: *Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung*, hrsg. von Erwin v. Beckerath und Herbert Giersch in

„Sozialpolitik“ selbst eine führende Rolle übernommen und auch eine interne Auseinandersetzung (exemplarisch in der Kontroverse zwischen Hans Albert und Gerhard Weisser) ausgetragen. Man kann nach dieser zweiten Werturteilsdebatte in den Wirtschaftswissenschaften — von wenigen mißverständlichen Forderungen nach einem erweiterten Wissenschaftsprogramm für die „Wirtschaftspolitik“ und extremen Außenseiterpositionen abgesehen — von einem wirklich allgemeinen Bekenntnis zu einer werturteilsfreien Wirtschaftswissenschaft ausgehen.

Die Wissenschaft von der Sozialpolitik hatte bei dieser Wiederaufnahme des Werturteilsstreites aber nicht nur selbst Initiativen zu dieser Debatte entfaltet und maßgeblichen Anteil an der Klärung der Werturteilsproblematik gehabt, Sozialpolitikwissenschaftler nahmen in der Folge die Verpflichtung zur Werturteilsfreiheit ihrer Aussagen auch besonders ernst — wohl im Bewußtsein der auf ihrer Disziplin liegenden historischen Verantwortung für eine besonders intensive Vermischung wertender Stellungnahmen und politischer Forderungen mit wissenschaftlichen Aussagen.

In der Gegenwart spielt weder in der Nationalökonomie noch in der Sozialpolitiklehre die Vermischung von Wertungen und wissenschaftlichen Aussagen eine Rolle. Es geht auch keineswegs mehr um das Problem, daß für eine Theorie der Wirtschaftspolitik und für eine Theorie der Sozialpolitik die von den Normen und Zielvorstellungen demokratischer Mehrheiten abhängigen und für die Bürger verbindlichen politischen Zielsetzungen zum Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse werden. Die auch für die Beziehung der Disziplinen untereinander entscheidende „kritische“ Zone dürfte vielmehr der weite Bereich der sog. Basisentscheidungen sein, die zwar von den Wertungen der Wissenschaftler selbst bestimmt werden, die aber letztlich die empirische Relevanz und die Geltung wissenschaftlicher Aussagen nicht begründen können.

Die Probleme zwischen Nationalökonomie und Sozialpolitiklehre beginnen dabei mit den Begriffsbestimmungen (Definitionen), für die ja nicht das Wesen des Gegenstandes, sondern nur Zweckmäßigkeitsfragen, z. B. der Ermöglichung einer einheitlichen und nicht mißverständlichen Kommunikation, als wissenschaftliche (wissenschaftssoziologische) Kriterien herangezogen werden können. Strittig und „spaltend“ zwischen Nationalökonomie und „Sozialpolitik“ war beispielsweise die Frage der Einbeziehung von „nicht-ökonomischen“ Interessen und Handlungsspielräumen der Menschen (z. B. über den Begriff der „Lebenslage“) in die sozialpolitikwissenschaftliche Betrachtung¹², die dann auch eine Sprengung des Rahmens der Nationalökonomie bei der Analyse oder die Einbeziehung der Aussagen anderer Humanwissenschaften erforderlich machte. Angesichts der heute erreichten Verallgemeinerung der Ökonomik als Sozialwissen-

Verbindung mit Heinz Lampert, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 29, Berlin 1963, S. 517-611.

¹² Vgl. *Sanmann*, Horst: Sozialpolitik, in: Ehrlicher W. u. a. (Hrsg.): *Kompodium der Volkswirtschaftslehre*, Bd. 2, 4. Aufl., Göttingen 1975, S. 188 ff., S. 188.

schaft und der interdisziplinären Kommunikation kann dies jedoch nicht mehr als besondere Belastung des Verhältnisses der beiden Disziplinen gelten. Dies gilt insbesondere, wenn man sich auf die praktische Nationalökonomie konzentriert, wo vor allem im Bereich der wissenschaftlichen Beratung der Politik (unabhängig von den Ressorts) immer Interdependenzen mit anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, Durchsetzung- oder Akzeptanzüberlegungen in disziplinübergreifenden Ansätzen berücksichtigt werden müssen.¹³

Gewichtigere Basisentscheidungen könnten dann die Bestimmung der „sozialen Probleme“ oder der „gesellschaftlichen Schwäche“ von größeren Personenmehrheiten und damit schließlich die Definition von „Sozialpolitik“ sein, wenn verbreitet diese als politisches Handeln zur Lösung sozialer Probleme oder zur Verbesserung der Lebenslage gesellschaftlich schwacher Personengruppen bezeichnet wird.

Tatsächlich können sich natürlich Sozialpolitikwissenschaftler bei der Auswahl der Kriterien für die Bestimmung „sozialer Probleme“ ebenso weit von einem in der Gesellschaft (oder der Wissenschaft) verbreiteten „Problembewußtsein“ lösen, wie man in einem theoretischen Modell von der Realität abstrahieren kann. Durch die Wahl der normativen Bezugsstandards können Probleme „gesteigert“ und damit der Handlungsbedarf dringlicher dargestellt werden. Als Beispiel hierfür kann teilweise die gegenwärtige Diskussion über Armut im Wohlfahrtsstaat (wenigstens im vorwissenschaftlichen Bereich) angeführt werden. Als Gegenbeispiel könnte allerdings auf das bei manchen nationalökonomischen Beiträgen zur Arbeitslosigkeit zu vermutende Bestreben verwiesen werden, Arbeitslosigkeit als Problem „wegzudefinieren“ und als „eine nutzenoptimierende, intertemporale Substitution von Arbeitsangebot durch Freizeit“¹⁴ zu interpretieren.

Über diese, durch intersubjektive Kritik und konkurrierende Ansätze auflösbaren praktischen Basisprobleme hinaus, dürfte die Bestimmung der praktischen Sozialpolitik im Anschluß an die Vorstellung von der „Lazarettstation des Kapitalismus“ die Ablehnung durch systemkonforme Wertpositionen begründen. Gerade im früheren Wettbewerb von Markt- und Planwirtschaft konnte schon die Anerkennung der Existenz sozialer Probleme und der Notwendigkeit, die Marktwirtschaft durch sozialstaatliche Interventionen zu ergänzen, als Schwächung der Position des eigenen Systems angesehen werden. Mit dem Zusammenbruch der real-sozialistischen Systeme mußte diese ideologische Barriere zwischen Nationalökonomie und „Sozialpolitik“ wohl stark an Bedeutung abgenommen haben. Inzwischen dürften damit auch die Voraussetzungen für eine Anerkennung

¹³ Als Beispiel könnten hier auch die Bemühungen des Sachverständigenrats in seinen Gutachten von 1984 bis 1993 gelten, das Konzept eines „dynamischen Wettbewerbs“ in die langfristige Wachstumspolitik einzuführen und bestimmend zu machen.

¹⁴ *Berthold, Norbert / Fehn, Rainer: Arbeitslosigkeit — Woher kommt sie? Wann bleibt sie? Wie geht sie?*, in: List Forum, Bd. 20 (1994), S. 304 ff., S. 305. Die Autoren distanzieren sich hier allerdings von dieser Vorgehensweise.

der Beiträge der Sozialpolitikwissenschaft zu einem differenzierten Vergleich der realen Wirtschaftssysteme verbessert sein. Die in der Lehre an der Universität zu Köln entwickelte und (fast als Einzelkämpfer) von Heinz Lampert betriebene Analyse der Sozialpolitik in der DDR hatte ja nicht nur den ideologischen Anspruch des Sozialismus, keiner Sozialpolitik zu bedürfen, grundlegend erschüttert, sondern auch ein für den Vereinigungsprozeß wertvolles detailliertes Bild der Ausgangssituation bei den Lebenslagen benachteiligter Gruppen und deren Behandlung in der Sozialpolitik der DDR vermittelt.¹⁵

Ein weiterer kritischer Komplex von Basisentscheidungen ist die Auswahl der für die anwendungsorientierten Aussagen (der Kunstlehre) hypothetisch verwendeten (oder auch in der Beratungssituation bekenntnishaft eingeführten) Leitbilder und Ziele, auf die die Ableitungen von Aussagen über Handlungsmöglichkeiten bezogen werden. Während sich die praktische Nationalökonomie überwiegend auf die (formalen) Werte der Freiheit und der Gleichheit vor dem Gesetz sowie auf wohlfahrtsökonomisch fundierte Überlegungen zur allokativen Effizienz (einschließlich der Marktleistungsgerechtigkeit) beschränkt, werden in der Sozialpolitikwissenschaft eher auch die Verwirklichung materialer Freiheit, gerechter Anfangsausstattungen der Wirtschaftssubjekte („Startchancengerechtigkeit“) sowie auf das sozialkulturelle Existenzminimum bezogener und darüber hinausgehender Standards der Bedarfsgerechtigkeit als Ziele der Sozialpolitik unterstellt und der Ableitung von Aussagen über Handlungsmöglichkeiten zugrunde gelegt¹⁶. Da aber auch für die Theorie der Wirtschaftspolitik gilt, daß sie der wirtschaftspolitischen Praxis Ziele und damit auch Beschränkungen ihres Zielbündels nicht vorgeben kann, und da sich die Ziele der praktischen Wirtschafts- und Sozialpolitik aus dem politischen Willensbildungsprozeß und damit in der Demokratie letztlich (wenigstens relativ getreu) aus den Präferenzen der Bürger ergeben, hängt — von der wissenschaftlichen Gültigkeit abgesehen — auch die praktische Relevanz der Kunstlehren „Allgemeine Wirtschaftspolitik“ und „Sozialpolitik“ nicht von den subjektiv-wertgebundenen Auswahlentscheidungen des einzelnen Wissenschaftlers oder der Mehrheit einer Disziplin, sondern von der Zustimmung zu den zugrunde gelegten Zielen durch Mehrheiten auf den verschiedenen Ebenen des politischen Willensbildungsprozesses ab.

¹⁵ Vgl. nur *Lampert*: Leitbild und Zielsystem der Sozialpolitik im „entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus“ in der DDR, in: H. Sanmann (Hrsg.), *Leitbilder und Zielsysteme der Sozialpolitik*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 72, Berlin 1973, S. 101 ff.

Derselbe: Sozialpolitische Probleme der Umgestaltung in der DDR. Konsequenzen für die Deutschlandpolitik, in: Jakob-Kaiser-Stiftung e.V. (Hrsg.), *Entwicklung in Deutschland, Manuskripte zur Umgestaltung in der DDR*, erstellt im Auftrag des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Königswinter 1990.

¹⁶ Vgl. nur *Lampert*: Die Bedeutung der Gerechtigkeit im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 35. Jahr (1990), S. 75 ff.

Der persistente Konflikt zwischen Theorie der Wirtschaftspolitik und Theorie der Sozialpolitik verengt sich damit schließlich auf den Punkt, daß Sozialpolitikwissenschaftler in ihrer Arbeit eher (oder auch) von einer Basiswerthaltung mit dem Bestreben, „soziale Probleme“ zu erkennen und durch wissenschaftliche Erkenntnisse zu ihrer Lösung beizutragen, bestimmt sind, sich also selbst der „sozialen Reform“ oder dem „sozialen Fortschritt“ als Person, als Mensch und Bürger verpflichtet fühlen, während die „Zugehörigkeit“ zum mainstream der Nationalökonomie eher mit einer Indifferenz oder gar mit einer grundlegenden Skepsis gegenüber einer verstärkten Berücksichtigung der „sozialen Ziele“ und gegenüber sozialpolitischen Interventionen einhergeht (oder darüber vermittelt wird), z. B. wegen der Vermutung von „Anreizproblemen“ oder von „Staatsversagen“ (bei Eingriffen aufgrund von an sich geringfügigeren Marktmängeln). Aber auch in diesem Unterschied grundlegender Werthaltungen und den daraus resultierenden wissenschaftlichen Auswahlentscheidungen von Gegenständen, Fragestellungen, zugrundegelegten Zielen und Mittelbewertungen, kann letztlich die unfruchtbare Störung der Kommunikation zwischen den beiden Disziplinen nicht begründet sein oder bleiben, wenn sich die jeweiligen Wissenschaftler in ihrem persönlichen Streben nach ihren Werten und der Verwirklichung ihrer Zielvorstellungen von der Gesellschaft nicht irrational von Vorurteilen leiten lassen und dadurch auch auf die mögliche Erkenntnis von Wegen zur Verwirklichung ihrer Werte und Ziele verzichten wollen. Die kritisch-rationale Wissenschaft ist in einer offenen Gemeinschaft von freien, aber von unterschiedlichen Wertungen geleiteten Forschern ein „Entdeckungsverfahren“ (wie der Wettbewerb), in dem herkömmliche Versuche der a priorischen Beurteilung, der Schulenburg und Abgrenzung von Disziplinen zum unlauteren Wettbewerb im Verhältnis der Wissenschaftler zueinander gehören oder bei einem Außenstehenden eine „Anmaßung von Wissen“ bedeuten.

Ein etwas länger verweilender Blick auf das bisherige wissenschaftliche Lebenswerk von Heinz Lampert könnte wohl das Bild der Wissenschaft von der Sozialpolitik als einer „ungeliebten“ Tochter der Nationalökonomie endgültig der Vergangenheit angehörig sein lassen. Für die Zukunft dieser beiden im deutschen Sprachraum in der Geschichte doch immer imageprägenden Ausrichtungen der praktischen Nationalökonomie würde sich damit die Möglichkeit eines von Vorurteilen nicht mehr belasteten, offenen und fairen wettbewerblichen Strebens nach der zutreffenden Erfassung und den besten wissenschaftlich begründbaren Lösungen der sozialen Probleme der Gesellschaft eröffnen.

Dem Jubilar gilt der Wunsch, an einer Umsetzung dieser Chance noch auf viele Jahre mit der von ihm bekannten Energie und Herzlichkeit mitwirken zu können.

Inhaltsverzeichnis

A. Grundfragen der Sozialpolitik

Grundsätzliche und aktuelle Aspekte der Sicherung, Subsidiarität und Sozialpolitik Von <i>Werner Wilhelm Engelhardt</i>	3
Christliche Beiträge zur Begründung der Sozialpolitik Von <i>Anton Rauscher</i>	29
Mißverständnisse um die Sozialpolitik Von <i>Helmut Winterstein</i>	39

B. Soziale Gestaltung der Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft

Gesellschaft mit beschränkter Haftung — Privater Reichtum, öffentliche Armut Von <i>Reinhard Blum</i>	57
Zur wirtschaftlichen Integration Deutschlands: Blockaden für den Aufschwung Ost Von <i>Gernot Gutmann</i>	73
Der wissenschaftliche Umgang mit dem Thema: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungen. Probleme, Methoden, Experimente Von <i>Hans-Günter Krüsselberg</i>	87
Erwerbsstruktur und Vermögensverteilung als Einflußfaktor der privaten Sekundärverteilung des Volkseinkommens Von <i>Wolfgang J. Mückl</i>	105
Monetäre Stabilität und Notenbankverfassung — sozial gesehen Von <i>Dietrich Schönwitz</i>	117

C. Von der Erwerbsorientierung zur Familienorientierung in der Sozialpolitik

Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden — einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik Von <i>Richard Hauser</i>	133
---	-----

Kinderkosten, umlagefinanzierte Rentenversicherung, Staatsverschuldung und intergenerative Einkommensverteilung. Kinderbezogene Alternativen zum heutigen gesetzlichen Alterssicherungssystem Von <i>Reinar Lüdeke</i>	151
Familienlastenausgleich und Familienbesteuerung Von <i>Alois Oberhauser</i>	185
Die Familie als Leistungsträger und Leistungsempfänger im Gesundheitswesen Von <i>Anita B. Pfaff</i> und <i>Martin Pfaff</i>	195
Familienorientierte Weiterentwicklung der staatlichen Alterssicherung in Deutschland Von <i>Winfried Schmähl</i>	225
Die „werteschaffenden Leistungen“ und Belastungen durch Familientätigkeiten Von <i>R. von Schweitzer</i> und <i>H. Hagemeyer</i>	247
Drei-Generationen-Solidarität — Wunsch oder Wirklichkeit? Einige sozial- und familienpolitische Anmerkungen Von <i>Max Wingen</i>	275

D. Neue Dimensionen in der staatlichen Sozialpolitik

Bildungs- und Beschäftigungssystem — Parallelen, Widersprüche, Lösungsvorschläge Von <i>Friedrich Buttler</i>	295
Schwerbehindertenarbeitslosigkeit — Ein strukturelles Dauerproblem? Von <i>Horst Sanmann</i>	309
Einige ordnungspolitische Überlegungen zum Gesundheitswesen Von <i>Joachim Genosko</i>	323
Von der fiskalischen Betrachtung zu mehr Patientenorientierung im Gesundheitswesen Von <i>Klaus-Dirk Henke</i>	341
Der Gesundheitssektor als volkswirtschaftlicher Wachstumssektor. Kassenzwang- versus Zwangskassen-Modell Von <i>Dieter Schäfer</i>	357
Ökonomische und sozialpolitische Gedanken zu einer sozialen Wohnungspolitik Von <i>Jürgen Zerche</i>	379
Europäische Sozialpolitik: subsidiär, solidarisch, solide! Von <i>Hermann Albeck</i>	391

Quo Vadis Europäische Sozialpolitik?

Von *Hermann Berié* 409**E. Lebenslauf und Verzeichnis
der Veröffentlichungen von Prof. Dr. Heinz Lampert**

Lebenslauf von Prof. Dr. Heinz Lampert 429

Chronologisches Verzeichnis der Veröffentlichungen von Prof. Dr. Heinz Lampert 433

Verzeichnis der Mitarbeiter 445

A. Grundfragen der Sozialpolitik

Grundsätzliche und aktuelle Aspekte der Sicherung, Subsidiarität und Sozialpolitik

Von *Werner Wilhelm Engelhardt*

I. Wahrnehmungen und Mutmaßungen zum Risiko- und Sicherheitsproblem

1. Begriffe wie „Risiko“, „Ungewißheit“, „Unsicherheit“, „Wahrscheinlichkeit“, „Erwartung“, „Vision“, „Sicherheit“, „soziale Sicherheit“ sind weithin komplementär. Sie umschließen Themen bzw. Probleme der nur teilweise wissenschaftlich betreibbaren „Futurologie“. Die durch diese und ähnliche Begriffe ausgedrückte persönliche und gesellschaftliche Problematik läßt sich unzweifelhaft durch Wettbewerb, der „als angewandtes Subsidiaritätsprinzip im wirtschaftlichen Bereich“¹ und weit darüber hinaus verstanden werden kann, erheblich beeinflussen, d. h. entweder steigern oder aber — im Gegenteil — reduzieren.

Im heute feststellbaren Sicherheitsverlangen vieler Menschen spiegeln sich zwar nicht notwendig objektiv gewachsene, wahrscheinlich gewordene Lebensrisiken und größere Schadenshäufigkeiten. Viele Indikatoren für größere Lebenssicherheit, wie etwa die durchschnittliche Lebenserwartung Geborener, sprechen — im Vergleich zu früheren Jahrhunderten — gegen eine solche These. Wohl aber zeugt das vorhandene Sicherheitsverlangen nach Ansicht des Sozialphilosophen Hermann Lübbe für wachsende Ungewißheiten, entsprechend unsichere Erwartungen und stark zunehmende Risikoempfindlichkeiten.²

Erfahrungen der Unsicherheit nehmen offenbar mit abnehmender Vorhersehbarkeit der Zukunft zu. „Noch nie hat eine kulturelle Gegenwart über die Zukunft,

¹ So *Lampert*, H., Wettbewerb und Subsidiarität, in: Entwicklung und Subsidiarität. Deutsch-polnisches Gespräch über Wirtschaft und Gesellschaft im Lichte der christlichen Sozialethik, Melle 1986, S. 156-163, hier S. 159 ff. Siehe auch *Ders.*, Freiheit als Ziel der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Ders.* (Hrsg.), Freiheit als Grundwert demokratischer Gesellschaften, St. Ottilien 1992, S. 19-48, hier S. 41 ff.

² Vgl. zu den folgenden Darlegungen *Lübbe*, H., Sicherheit, Risikowahrnehmung und Zivilisationsprozeß, in: Bayerische Rückversicherung AG (Hrsg.), Risiko ist ein Konstrukt. Wahrnehmungen zur Risikowahrnehmung, München 1993. Zu den berührten Grundsatzfragen siehe vorher z. B. auch *Weisser*, G., Soziale Sicherheit, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 396-412; *Braun*, H., Soziale Sicherung. System und Funktion, Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1972; *Engelhardt*, W. W., Zum Verhältnis von Sozialpolitik und Ordnungspolitik, am Beispiel der Politik sozialer Sicherung erörtert, in: Sozialer Fortschritt, H. 7-10/1977.

die ihr bevorsteht, weniger gewußt als unsere eigene“, behauptet der Autor. Dies nicht zuletzt infolge der aus grundsätzlichen Erwägungen unabsehbaren Wissensentwicklung, je länger wissenschaftliche und technische Fortschritte anhalten. Nach Ansicht des Philosophen und Wissenschaftstheoretikers Karl R. Popper können wir bekanntlich „nicht heute das vorwegnehmen, was wir erst morgen wissen werden“³. In der Literaturszene und Utopistik entspricht dem die wachsende Präferenz für gegenutopische Schreckensthemen, statt für religiöse Heils- oder laizistische Fortschrittsutopien.⁴

2. Zu den wesentlichen Ursachen intensiverer Risikoerfahrungen und größerer Risikoempfindlichkeiten, die zu einer sinkenden Bereitschaft zur „klaglosen Hin- nahme von Lebensrisiken“ führen, rechnet Lübke u. a. die „Zunahme des relativen Anteils derjenigen Lebensvoraussetzungen, die zugleich unsere eigenen Hervor- bringungen sind“. Was die Betroffenen früher als ein Ereignis aus Vorgängen unverfügbarer Natur mehr oder weniger „ereilte“ — „die rationale Form, sich zu ihnen in Beziehung zu setzen, war Religion“ — habe jetzt den Charakter einer Handlungsnebenfolge, für die sich die Frage ihrer Verantwortung stellt.

Risikoerfahrungen intensivieren sich auch mit der Zunahme der „Eingriffstiefe unseres Handelns“ sowie mit den Projektionen und Vermutungen darüber, was dabei unbeabsichtigt als Nebenfolge oder Spätwirkung „angerichtet“ wird. Mit der Eingriffstiefe nimmt zugleich unsere wechselseitige Abhängigkeit vom Han- deln anderer zu, was Autarkieverluste von Individuen und kleinen Gruppen zur Folge habe. „Entsprechend expandiert in der modernen Gesellschaft mit der Reichweite unserer realen Abhängigkeit von Handlungen anderer unser an die Adresse dieser anderen sich richtender Anspruch auf Gewährleistung unserer Sicherheit in dieser Abhängigkeit“.

Die allgemeine Risikoempfindlichkeit nimmt offenbar aber auch mit der sin- kenden Bedeutung direkter sozialer Abhängigkeiten und Kontrollen sowie mit den dazu wachsenden indirekten Abhängigkeitsverhältnissen und dem steigenden Sicherheitsaufwand zu. „Das Sicherheitsverlangen wächst mit der Höhe des technischen und sozialen Sicherheitsniveaus“. Vielleicht sei es in dieser Frage — vermutet Lübke — ähnlich wie bei den Befindlichkeiten der Teilnehmer einer Autofahrt, wo oft auch mit der Nähe zum Ziel die Ungeduld wachse. Dabei wäre es „ein zivilisationskritisches Mißverständnis anzunehmen, daß sich in wachsen- den Sicherheitsansprüchen eine wachsende Dekadenz unserer Selbstbestim- mungsfähigkeit spiegele. Insoweit verhält sich die Sache genau umgekehrt. Kraft Wohlfahrt und disponibler, nämlich notwendigkeitsentlasteter Lebenszeit war

³ Popper, K. R., *Das Elend des Historizismus*, Tübingen 1965, S. XII.

⁴ Zu den unterschiedenen Utopiearten siehe z. B. Engelhardt, W. W., *Über Leitbilder in der Sozialpolitik und zur Utopienproblematik in der Sozialpolitiklehre*, in: Herder- Dorneich, Ph. / Zerche, J. / Engelhardt, W. W. (Hrsg.), *Sozialpolitiklehre als Prozeß*, Baden-Baden 1992, S. 55-77, hier S. 67 ff.

das Ausmaß der Möglichkeiten zu selbstbestimmter Lebensverbringung nie größer als heute, und diese Möglichkeiten werden genutzt“.

3. Jederman wisse, „daß die geschätzten und überwiegend genutzten Freiheiten moderner Lebensverbringung gerade nicht auf der sozialen Autarkie der Individuen und kleinen Gruppen beruhen, vielmehr auf den sozialen Sicherheiten, wie sie einzig die moderne Gesellschaft über ihre politischen Institutionen zu gewähren vermag, und eben deshalb wachsen die Ansprüche ans System unserer sozialen Sicherheiten nicht trotz der Freiheitsansprüche moderner Bürger, vielmehr ihretwegen“.

In komplexen Gesellschaften sei die seit langem zunehmende Individualisierung gerade an weiter ausgebauten Systemen staatlich garantierter Sicherheiten gebunden. Sie würden als zuverlässige Rahmenbedingungen ihres Handelns nicht zuletzt von vielen innovationsfähigen Personen geschätzt. Denn die Lust der Neugier gestatte sich im Regelfalle nur, wer hinreichende Sicherheiten im Rücken habe. Soziale Sicherung „ermutigt die einzelnen“, schreibt auch der Wirtschafts- und Unternehmensethiker Karl Homann, „langfristige und risikoreiche Investitionen in Sach- und vor allem in Humankapital vorzunehmen, da sie im Falle des Scheiterns aufgefangen werden und eine neue Chance erhalten“⁵.

Der ideologische Gegensatz von Verstaatlichung und Privatisierung erscheint von hier aus aber nicht nur Sozialphilosophen, sondern auch empirisch forschenden Soziologen überholt. „Sowohl steigende Individualisierung als auch steigende Sicherheitsbedürfnisse sind tiefliegende Trends der Modernisierung, die über bloß hedonistische Idiosynkrasien der Bürger hinausreichen“⁶.

4. Es sind möglicherweise nicht nur die Wettbewerbserfordernisse, sondern auch die charakterisierten — oder weitere — Risikoempfindlichkeiten, die zur Gewährleistung eines hohen Maßes individueller und sozialer Sicherheit subsidiär orientiertes politisches Handeln nahelegen. Dies gälte zumindest in dem Falle, wenn die Selbstbestimmungsfähigkeit bei möglichst vielen Personen erhalten

⁵ Homann, K. / Blome-Drees, F., Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen 1992, S. 60. Nach Bertrand de Jouvenel („Über die Staatsgewalt. Die Naturgeschichte ihres Wachstums“, Freiburg / Br. 1972, S. 404) ist Freiheit „nur ein sekundäres Bedürfnis im Vergleich zum Primärbedürfnis der Sicherheit“; hier zit. nach Albert, H., Freiheit und Ordnung, Tübingen 1989, S. 99. Zu einer insgesamt eher kritischen Würdigung von Sozialpolitik und Sozialstaat vgl. hingegen z. B. Molitor, B., Sozialpolitik auf dem Prüfstand, Hamburg 1976; Koslowski, P. / Kreuzer, Ph. / Löw, R. (Hrsg.), Chancen und Grenzen des Sozialstaats, Tübingen 1983.

⁶ So Zapf W., Individualisierung und Sicherheit — Einige Anmerkungen aus soziologischer Sicht, in: Rolf, G. / Spahn, P. B. / Wagner, G. (Hrsg.), Sozialvertrag und Sicherung, Frankfurt / New York 1988, S. 371 - 380, hier S. 374. Vgl. auch Alber, J., Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950 - 1983, Frankfurt / New York 1989, S. 165 f. Auch bei Privatisierung behält übrigens der Staat, wie Wolfram Elsner jüngst zu Recht betont hat, oft ein „diffuses Restrisiko“; vgl. Elsner, W., Über das tiefgehende Schiff „Privatisierung“, in: Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 3 / 1993.